

Die voigtl. Vereinsblätter erscheinen wöchentlich 2 mal und zwar Mittwochs und Sonnabends.

Voigtländische

Subscriptionspreis: 5 ngr. für das Vierteljahr. Insertionsgebühren: 5 S. für die gespaltene Zeile.

Vereinsblätter

aus dem Volke für das Volk.

Verantwortlicher Verleger: Aug. Wieprecht.

Aufforderung an Freunde, welche die Noth der Arbeiterclassen verbessern wollen.

Als vor circa 14 Tagen das Königl. Dekret an die Kammer gelangte, daß für den Termin Februar die Steuern verdoppelt werden sollten, hat sich allgemeine Entrüstung darüber der Kammermitglieder bemächtigt. Um dieser Forderung der Regierung einen Damm gegenüber zu setzen, hat sich der Abgeordnete Flos bewogen gefunden, in unserm Club der Linken einen Antrag einzubringen des Inhalts, „daß der Staat die Armenversorgung übernehme.“ Gegen diesen Antrag erklärte sich der Unterschriebene entschieden und zwar am Schlusse mit der Bemerkung, daß er in einem solchen Antrage, wenn er nicht anders motivirt und nicht abgeändert würde, den Ruin des Staats erblicke. Da der Club letztere Ansicht theilte, so zog Flos seinen Antrag zurück und forderte Freunde auf, sich mit ihm zu einer anderweiten Redaktion seines Antrags zu vereinigen. Sofort meldete sich der Unterzeichnete, sowie die Abgeordneten Garbe, Finke, Lindner, Neumann, Linke, Jacob, Ahnert und Richter von Zwickau. Sofort wurde eine Privatversammlung auf den nächsten Tag beschloffen. In dieser sprach sich der Unterschriebene dahin aus, es müßten zweierlei Arbeitshäuser errichtet werden, für Arbeitwollende und für Arbeitscheue, indem Almosengeben bloß die Armuth und die Immoralität befördere, das Bettelwesen müsse ganz abgeschafft werden und entwickelte seine Grundsätze weiter.

Die Anwesenden stimmten dem bei und machten fernere Vorschläge. Neumann beantragte Hilfscassen, in welche die Arbeiter selbst Steuern müßten, welches sich in Freiberg bewährt habe. Garbe wünschte hinreichende Flachsspinnereien und hierzu die nöthigen Capitalien für die Lausitz. Richter von Zwickau suchte die Ursache der Verarmung auf, berührte dabei das Wandergesellenwesen und wünschte dessen Beseitigung. Ahnert und Lindner wünschten Erleichterung der Theilbarkeit großer Landgüter, um Arbeit zu schaffen. Garbe bestätigte die Zweckmäßigkeit der Parcellirung durch Beispiele und schloß sich der von Unterzeichnetem beantragten theilweisen Colonisirung der Arbeiter an. Flos schlug als passend hierzu den Werbauer Wald vor. Dehmichen aus Nerchau citirte größere Armenbezirke von circa 60 Gemeinden und wies durch ein Beispiel nach, wie sich ein von so vielen Gemeinden errichtetes Arbeitshaus ohne Zuschüsse erhalten und bewährt habe. Finke endlich, der unstreitig

die meisten Erfahrungen gemacht hat, legte einen förmlichen Plan über die ganze innere Einrichtung unseres Staats dar, citirte größere Gemeindebezirke, Kinderbeschäftigungsanstalten, Arbeitshäuser, Sparcassen, Banken u. s. w. Linke erklärte dies ebenfalls, stimmte Finke bei und empfahl bessere Bildung für die arbeitenden Classen.

Dies sind einige Grundgedanken der ersten Versammlung; die hierüber sehr weitläufig gepflogenen Debatten wiederzugeben, ist unmöglich. Die Versammelten beschloffen, ihre Zusammenkünfte regelmäßig wöchentlich zweimal fortzusetzen. Im Laufe dieser Zeit haben sich noch mehrere Mitglieder angeschlossen. Die Wichtigkeit und Nothwendigkeit dieser Angelegenheit wird Niemand verkennen, und wir fordern daher alle Freunde des Gemeinwohls auf, uns hierüber Ansichten und Mittheilungen zuzusenden, damit unser Werk zum Wohle des Staats gedeihe.

Dresden den 5 Februar 1849.

Christ. Gottl. Fahn,
Landtagsabgeordneter der I. Kammer
und Mitglied des Arbeiterclubs.

Der Centralvaterlands-Verein voigtl. Landbewohner mit den Zweigvereinen zu Bobenneukirchen, Eichigt, Theuma, Pabstleuthen, Bösenbrunn, Zaulsdorf und andern hat nachstehende Erklärung an die Volksvertretung nach Dresden abgegeben:

Wir würden es unterlassen haben, der Volksvertretung nach dieser kurzen Zeit ihrer Thätigkeit unsere Zustimmung schon zu erkennen zu geben, wenn wir nicht eine dringende Veranlassung darin hätten, daß eine bei den Wahlen vollständig unterlegene Partei es nicht unter ihrer Würde hält, die Kammern, wie sie jetzt zusammengesetzt sind, auf jede mögliche Weise in der Achtung des Volkes herabzusetzen. Indem wir einerseits unsrer Pflicht und Ueberzeugung nachkommen durch die Erklärung, daß wir mit den von der Mehrheit der Kammer, den entschiedenen Männern, gestellten Anträgen und gefaßten Beschlüssen vollkommen einverstanden sind, setzen wir voraus, daß diese Volksvertreter das Recht und die Freiheit des Volkes mit aller ihrer Entschiedenheit wahren und sich in ihrer Ueberzeugung nicht durch Konflikte politischer Standpunkte beirren lassen mögen.

Rosenthal, 5. Febr. 49. J. Ehr. G. Köppel, Dbm.
Aug. Gerbeth, Schriftf.